Nr. 25 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 30. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13520, 13638, 13897, 17168. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Hauptausgabe
Grundpreis, 18 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 1.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Beschädigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25. Bestellung in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25, ausschließlich Zustellgebühr. Bestellung im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Wir müssen arbeiten

Das Auf und Ab unsrer ganzen wirtschaftlichen Not ist der **Mangel an Kohlen**. Ohne Kohlen stehen alle Räder still, ohne Kohlen ist keine Arbeit, ohne Kohlen fehlt uns ein wichtiges Tauschmittel zur Einfuhr von Rohstoffen. Wir haben bei den Verhandlungen mit Holland gesehen, daß wir den vielfachen Milliardenkredit, der nicht nur einen materiellen, sondern auch einen moralischen Einfluß auf die Gestaltung unsrer Valuta auszuüben imstande ist, nur dann erhalten können, wenn wir einen gewissen Teil in Kohlen abtragen. **Wir müssen also Kohlen fördern.** Fördern wir keine Kohlen, kann Deutschland sich den Strick kaufen. Den Arbeitern rief einmal ein sozialdemokratischer Dichter zu: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Heute ist es so. Schon allein die Ankündigung eines Streiks, noch nicht einmal der Streik selbst, wirkt merkbar verheerend. Die Verhandlungen über die Sechsstundenschicht im Bergbau mit ihrem drohenden Hintergrund hatten auf die internationalen Börsenplätze einen solchen Einfluß ausgeübt, daß Milliarden deutscher Mark verloren gingen. Das Abgleiten auf der Valutaleiter ist nicht zum wenigsten der Widerschein aus dem brennenden Ruhrgebiet.

Aber es kann ja heute nicht mehr der Wille der Arbeiterschaft sein, eine Kraftprobe auszuüben. Das neue Deutschland hat den **Arbeiter** politisch völlig gleich mit jedem andern Staatsbürger gestellt und das neue Deutschland ist ja auch dabei, den Arbeitern jene Stellungen einzuräumen, die man bisher nur dem Kapital gewährte. Dem Arbeiter stehen — wir sehen es an der Besetzung der höheren Stellen — alle Möglichkeiten des Aufstieges offen. Aber wer Rechte erhält, übernimmt auch Pflichten. Pflicht ist zum Beispiel das Verantwortungsgefühl. Unverantwortlich aber ist es in der traurigen Gegenwart, da nur die produktive Arbeit helfen kann, müßig zur Seite zu stehen oder mit dem Wirtschaftsleben Experimente zu treiben. Ein Experiment aber soll zur Zeit im Ruhrgebiet gemacht werden. **Das ist unverantwortlich, staatsfeindlich und politisch irrsinnig.**

Wir wissen, daß einmal der deutsche Arbeiter moralisch und qualitativ die vorderste Stelle in der Welt einnahm. Die Folge war, daß die deutsche Produktion an vorderster Stelle marschierte. Heute ist das nicht mehr der Fall. Nicht allein, weil es in der Arbeiterschaft dauernd kriselt und streikt, gewiß auch aus andern Gründen, die sich aus dem Niederbruch ergeben. Aber es fehlt doch die ganze Einsetzung der Arbeiterverschworenheit. Heute sei wieder an den Arbeiter von einst appelliert, an sein Verantwortungsgefühl, an seinen Arm, auf den Deutschland angewiesen ist. Es muß aufhören, was in den Eisenbahnwerkstätten bisher geschah. Es darf nicht kommen, was man im Ruhrgebiet vorbereitet, es muß wieder gearbeitet werden, solange der Tag hell ist und solange und soviel die Kräfte hergeben. Das Volk im ganzen muß mit ehrlichem Willen zusammenreißen. Dann sollte es mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht vorwärtsginge.

Der Reichskommissar **Severing** hat gestern im Ruhrgebiet anschlagen lassen, daß er mit den schärfsten Mitteln vorgehen werde, wenn es nicht endlich zu produktiver Arbeit käme. Wir wünschen nicht, daß diese Mittel in Anwendung gebracht werden müssen. Wir vertrauen auf des deutschen Arbeiters Einsicht.

•

Abkehr vom Radikalismus

† **Berlin**, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Abstimmung im alten Bergarbeiterverband, durch die mit 189 gegen die 35 Stimmen der Unabhängigen die Forderung auf sofortige Einführung der Sechsstundenschicht verworfen wurde, wurde dadurch interessant und wichtig, daß von den **Vertretern des Ruhrreviers** 60 sich gegen die Forderung der Radikalen aussprachen und nur 22 dafür. Es haben von den Vertretern der Ruhrbergleute sich also rund drei Viertel vom radikalen Standpunkt abgewandt, und man darf annehmen, daß die Debatte über die Sechsstundenschichte bis auf weiteres vertagt, wenn auch nicht beendigt ist. Die Möglichkeit, daß die Unabhängigen ihre Propaganda mit unverminderter Kraft fortsetzen werden, besteht nach wie vor und es ist nach ihrer Taktik nicht ausgeschlossen, daß sie auch Revolten zu entfachen suchen werden. Das obige Stimmenverhältnis läßt aber hoffen, daß die Arbeiterschaft sich etwaigen neuen Putschversuchen auf das energischste widersetzen wird, was auch die Regierung zu tun entschlossen ist. Es hat sich bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiterschaft übrigens die erstaunliche Tatsache ergeben, daß man sich in Bergarbeiterkreisen noch immer nicht über den Umfang der Kohlennot im Reich klar ist, obgleich die Verpflichtungen, die wir in der Kohlenlieferung an die Entente und nach dem holländischen Abkommen auch an Holland haben, an und für sich eine beredte Sprache reden müssen.

•

Die Wiedereröffnung der Eisenbahn-Werkstätten

Die Regierung hat mit ihrem Vorgehen gegen die revolutionären Elemente in den Eisenbahnwerkstätten einen zweifellosen Erfolg erstritten. Die allgemein befürchteten Unruhen blieben bis jetzt aus, dagegen zeigt es sich nun, daß bei der Wiedereröffnung der Werkstätten genug Einsichtige vorhanden sind, denen die Bekämpfung der Not des ganzen Volkes über die engherzigen Ziele einer arbeitsunlustigen Schicht gehen. Aus Berlin wird über die Meldungen zu den Eisenbahnwerkstätten berichtet: Bis zu Mittag des ersten Tages, an dem sich die Arbeiter der geschlossenen Eisenbahnwerkstätten zur Einstellung unter den neuen Arbeitsbedingungen melden durften, hatten sich bei jeder der geschlossenen Berliner und Breslauer Werkstätten sowie in Nied bereits **mehrere Hunderte von Arbeitern gemeldet.** In Sebaldsbrück lagen 70 Meldungen vor. Aus einigen Bezirken fehlen noch Nachrichten. In Salbke (Magdeburg) und Jena hatten die radikalen Elemente besondere Vorkehrungen getroffen, um die auch hier zahlreichen arbeitswilligen Arbeiter an der Meldung zu verhindern. Der ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen ist überall gesorgt.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch folgende Meldung: Nach Schließung der Eisenbahnwerkstätten haben sich dem Eisenbahnministerium von verschiedenen Seiten **Arbeitsgemeinschaften** nach dem Muster der von Hauptmann **Schmude** gegründeten angeboten, um die Arbeit in den geschlossenen Werkstätten zu übernehmen. Den Arbeitsgemeinschaften stehen sachverständige Führer und in den Angehörigen der früheren technischen und Eisenbahntruppen auch geeignete Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung. Das Eisenbahnministerium ist diesen Angeboten einstweilen noch nicht nähergetreten.

•

Schließung der Vulkan-Werft

Die Bremer Vulkan-Werft muß, wie gemeldet, wegen Kohlenmangels von heute Donnerstag an ihr Werk bis auf weiteres schließen.

Erhöhung der Eisenbahntarife

WTB. **Berlin**, 28. Januar. Die deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz haben mit Rücksicht auf die fortgesetzten Steigerungen für Ausgaben infolge der Erhöhungen der Bezüge der Beamten und Arbeiter und der Materialpreise beschlossen, zum 1. März 1920 eine **allgemeine Erhöhung des Güter- und Tiertarifes** auf 100 Proz. eintreten zu lassen. Die dringende Notwendigkeit, die Erhöhung sofort durchzuführen, haben die Regierungen gezwungen, auch diesmal wieder die Form der prozentualen Tariferhöhung zu wählen. Die ständige Tarifkommission und der Ausschuß der Verkehrsinteressenten sind mit der systematischen Einarbeitung der seit Kriegsbeginn eingetretenen Tariferhöhungen der Güter- und Tiertarife beschäftigt. Auch eine **Erhöhung der Personentarife** ist grundsätzlich beschlossen worden. Ueber das Maß der Erhöhung und den Zeitpunkt ihrer Durchführung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Zur Sicherung der Volksernährung

• **Berlin**, 29. Januar. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft erklärte, den besten Weg zur Sicherstellung der Volksernährung und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft in der sofortigen Anbahnung **unmittelbarer Lieferungsverträge** zu erblicken. Mit der Fortführung der zu diesem Zwecke eingeleiteten Verhandlungen ist er einverstanden.

In der Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde ein Antrag **Friedberg** (Dem.) angenommen, nach dem für solche landwirtschaftliche Erzeugnisse, für die die Zwangswirtschaft aufrecht erhalten wird, **schon jetzt Preise für die nächste Ernte** festgesetzt werden sollen in solcher Höhe, daß sie der Gefahr eines Rückganges der Erzeugung entgegenwirken und daß den Landwirten für einen ausgedehnten Kartoffelbau hinreichende Saatkartoffeln belassen werden.

Ausdehnung der Versicherungspflicht

• **Berlin**, 29. Januar. Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, soll die Versicherungspflicht auf alle Angestellten mit einem **Einkommen bis zu 15 000 M.** ausgedehnt werden. Die neue Regelung wird voraussichtlich schon am 1. April in Kraft treten.

Erzbergers Befinden

Ueber den Zustand des Reichsfinanzministers liegen neue amtliche Meldungen vor, nach denen weder eine Besserung noch eine Verschlimmerung des Befindens eingetreten ist. Erzberger leidet an Herzbeschwerden. Eine neuerliche Untersuchung der Wunde ergab, daß die Schwellung und die Schmerzhaftigkeit noch wenig Veränderung erfahren hat. Eine Infektion der Schußwunde ist nicht eingetreten. Die Temperatur ist normal. Der Puls ist noch hoch. Erzberger ist erschöpft und noch sehr schonungsbedürftig und darf nur die wichtigsten Staatsangelegenheiten erledigen. Eine unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht.

Schaffung eines Finanzsenats in Preußen?

• **Berlin**, 29. Januar. Ueber den Entwurf der neuen preußischen Verfassung, der schon vor einiger Zeit vom Staatsministerium fertiggestellt ist, finden noch Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien statt. Die Regierung hat den Wunsch, daß in der Verfassung ein retardierendes Element gegen das unbeschränkte Budgetrecht der Landesversammlung eingefügt werden soll. Im gegenwärtigen Zustand, der auch von dem Verfassungsentwurf übernommen war, hat die Landesversammlung das Recht, Geldausgaben zu bewilligen und anzuregen, und die Regierung ist verpflichtet, diesen Forderungen nachzukommen. Die Landesversammlung hat auch von diesem Recht schon Gebrauch gemacht. Offenbar hat die preußische Finanzverwaltung dagegen erhebliche Bedenken. Diesen Bedenken soll dadurch Rechnung getragen werden, daß in der Verfassung **eine besondere Instanz zur Prüfung der Geldbewilligungen, ein Finanzsenat**, eingeführt werden soll. Ueber diese Anregung verhandelt zur Zeit der preußische Minister des Innern mit den Führern der Mehrheitsparteien. Nach dem Stand der Dinge ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen werden. Es ist damit zu rechnen, daß der Verfassungsentwurf schon in der nächsten Woche zugehen wird.

Gegen die Abfindung der Hohenzollern

⊙ **Berlin**, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den Gesetzentwurf auf Abfindung des Hohenzollernhauses mit 100 Millionen Mark erheben die **Mehrheitssozialisten** der Nationalversammlung Einspruch. Von den Unabhängigen ist ein Antrag an die Landesversammlung beschlossen, den früheren königlichen Besitz als Staatseigentum ohne Entschädigung zu erklären.

Die Weltproduktion an Schiffen

Havas meldet: Nach Lloyds Register betrug die **Weltproduktion an Schiffen** im Jahre 1919 7 000 000 Tonnen, was gegenüber dem Jahre 1918 eine Vermehrung von 4 000 000 darstellt. England baute 1 800 000 Tonnen, Amerika 4 000 000 Tonnen.

Eine russische Offensive gegen den Westen?

Wenn die Meldungen der letzten Tage aus Rußland zutreffen, will Trotzkij seine **Frühjahrsoffensive gegen den Westen** beginnen. Er hat einen Funkspruch „An alle" ergehen lassen, in dem er mitteilt, daß er sein Friedensangebot an Polen, weil es seither unbeantwortet geblieben sei, zurückziehe. **Sinowiew**, der russische Kommissar für das Kriegswesen, erklärt gleichzeitig, daß er den **Kriegszustand mit Polen wiedereröffne** und daß er gegen Polen und Rumänien marschieren werde.

Wir würden, die Wahrheit der vorliegenden Meldungen vorausgesetzt, unmittelbar vor dem Versuch **Lenins** stehen, den Bolschewismus, der in der letzten Zeit große Erfolge in Asien errungen hat, nach dem Westen vorzutragen. Es liegen aber auch entgegengesetzte Nachrichten vor. Erst gestern veröffentlichten wir im größten Teil der Auflage eine Aeußerung des Washingtoner Sowjetgesandten, nach der Lenin auf seinen Plan der Weltrevolution verzichtet habe. Aber wie dem auch sei, gestützt auf die unleugbaren militärischen Erfolge in Sibirien und in Südrußland ließe sich wohl der Vormarsch Trotzkijs gegen den Westen erklären. So einfach, wie es die russischen Funksprüche darstellen, ist nun die Sache freilich nicht. Trotzkij wird in den europäischen Ländern selbstverständlich einen **ganz andern Widerstand finden**, als er ihn in seinem tausendfältig zerklüfteten Vaterland fand. Und die Gefahr einer militärischen Bedrohung Deutschlands liegt nicht nahe.

Anderseits darf man die Kraft der russischen Randstaaten, die den Wall gegen die Rote Armee bilden, nicht überschätzen, zumal die durch England aufgerichtete Staatsbarriere aus Estland, Lettland, Polen Ukraine und Rumänien bolschewistisch schon unterwühlt und staatlich noch nicht genug gefestigt ist. Polen und Rumänien sind die widerstandsfähigsten Staatswesen dieser Gruppe. Aber auch von ihnen insbesondere von Polen, hörten wir genug alarmierende Nachrichten, die darauf schließen lassen, daß eine **Einheitsfront gegen den Bolschewismus nur schwer zu schaffen ist.** Weiter steht **Estland** unmittelbar vor dem Frieden mit dem Roten Zaren in Moskau. Es hat wohl aus Kriegsmüdigkeit, dann aber auch aus Gesinnungsfreundschaft schon wieder den Handels- und Eisenbahnverkehr mit Moskau aufgenommen. Das berühmte und berüchtigte Randstaatensystem, dem doppelten Zweck einer Abwehr Deutschlands und einer Eindämmung des Roten Bazillus dienend, hat also schon **ein bedenkliches Loch.** Moskau ist gegen London, das so hier seine Politik zu vertreten hat, unzweifelhaft im Vorteil.

Wie wird sich **England** verhalten? Es spielt gegenwärtig ein **durchsichtiges Doppelspiel.** Ueber die See hinweg läßt es seinen Handelsleuten die Hand den Bolschewisten entgegenstrecken. Auf dem Landwege schärft es die Waffen andrer Nationen, natürlich um sich ein weiteres Aufmarschgebiet für seine zukünftigen Handelsbeziehungen offen zu halten. Was wird die englische Diplomatie unternehmen, um die prekäre Lage zu retten? Der **Oberste Rat** hat in diesen Tagen beschlossen, nicht zum Krieg gegen Sowjet-Rußland überzugehen. Ob er auf dem Beschluß beharrt, angesichts der kriegerischen Vorbereitungen Moskaus, oder ob Churchills aktive Politik sich durchsetzt? Ein interessantes Duell jedenfalls, das sich entkolonnen wird und das seinen Anfang bei den Verhandlungen in Helsingfors nahm und nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat.

Es wäre verfrüht, schon jetzt eine Vermutung aussprechen, was kommen wird. Die Geschicke schlummern im Schoße der Londoner Politik und man darf vertrauen, daß die Londoner traditionelle Klugheit sich auch in dieser Frage bewährt. Das Duell wird aber tausend Meile mehr haben, weil auch die Gegenspieler in Moskau ihr Handwerk gründlich verstehen.

•

Keine unmittelbare Bedrohung Ostgaliziens?

T. **Wien**, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Neue Freie Presse" meldet, daß sich bisher die Meldungen nicht bestätigen, daß die Bolschewisten bis an den ehemaligen **ostgalizischen Grenzen** vorgedrungen wären. Nach demselben Blatt ist der polnischen Gesandtschaft nichts von der unmittelbaren Bedrohung der ostgalizischen Front durch die Bolschewisten bekannt. Insbesondere sind die Meldungen von der Besetzung Brodys und Tarnopols durch die rote Armee unbegründet.

Die Wahlen in Ungarn

Das Ung. Tel.-Korr.-Bur. meldet: Die Wahlen zur Nationalversammlung sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Bis jetzt liegen folgende Wahlergebnisse vor: 52 Christlichnationale, 30 Kandidaten der Partei der kleinen Landwirte, 4 Demokraten und 2 Parteilose. Zu Wahlergebnisse fehlen noch. In einem Budapester Wahlkreis siegte Kriegsminister **Friedrich** über den ehemaligen Ministerpräsidenten **Weferle.** Von 22 Budapester Mandaten entfielen 15 auf die Christlichnationalen, 4 auf die Demokraten; in drei Budapester Bezirken findet Stichwahl statt.

Ministerpräsident **Hußar** sprach in einer Frauenversammlung und gab der Freude darüber Ausdruck, daß in der Hauptstadt die Christlichnationale Partei alle Hoffnungen überragende Siege errungen habe. Die erste Aufgabe der auf den 16. Februar einberufenen Nationalversammlung werde die **Wahl des provisorischen Staatsoberhauptes** bilden. Es ist klar, daß der Ministerpräsident unter großem Beifall. daß Ungarn wieder **Königtum** werden wird. Doch wäre es verfrüht, schon heute mit volkstümlichen Namen hervorzutreten. Der Tätigkeit des Parlaments, in dem zum erstenmal der Volkswille über allen Zweifel erhaben zum Ausdruck gelangt, blicke er mit Optimismus entgegen. Zum Schluß besprach der Ministerpräsident die Notstandsaktion. Der psychologische Moment sei gekommen, wo die Völker Europas zur Vernunft gelangten, daß die Wohltätigkeit dem Ausbruch unsrer sozialen Revolution vorbeuge.

⊙ **Wien**, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen der Blätter aus Budapest hat die ungarische Regierung am 28. Januar bei der Ententekommission die Erklärung der Alliierten nachgesucht, um **Wiederzulassung der monarchistischen Staatsform in Ungarn** durch Parlamentsbeschluß. Der „Reichspost" zufolge sind unter den Neugewählten nur elf Abgeordnete Gegner der Monarchie. Budapest steht im Flaggenschmuck.

Amerikanische Reise

Von unserm Sonderberichterstatter Colin Ross

V.

Das deutsch-argentinische Problem

Buenos Aires, 18. Dezember 1919

Es ist hier nicht vom Deutschargentinertum die Rede. Auch dieses ist ein Problem, und kein einfaches, von dem später die Rede sein wird, sondern von den Beziehungen Deutschlands zu Argentinien. Man könnte ebensogut von einem mitteleuropäisch-südamerikanischen Problem sprechen, oder noch weiter gefaßt von den Schwierigkeiten der Beziehungen zwischen den Ländern, die den Krieg durchgemacht, und jenen überseeischen Staaten, die von ihm verschont geblieben. Allein am klarsten läßt sich das Problem vielleicht erfassen, wenn man die deutsch-argentinischen Beziehungen und ihre zukünftige Gestaltung analysiert.

Es handelt sich hierbei nicht nur um die immensen Schwierigkeiten der Wiederanknüpfung normaler Handelsbeziehungen, um die Lösung des ganzen Rattenkönigs schwierigster finanzieller und wirtschaftlicher Probleme, die durch den Valutasturz entstanden sind, sondern mehr noch um geistige Fragen. Das Empfindungs- und Gefühlsleben beider Völker ist so abgrundtief voneinander entfernt, die ganzen Lebens- und Existenzbedingungen so von Grund aus andre, daß es nicht leicht sein wird, Brücken des Verständnisses über diesen Abgrund zu schlagen.

Was ich bisher meinen Lesern von dieser Reise gab, waren lediglich Impressionen, und auch was ich von Buenos Aires schrieb, nicht mehr als die Uebermittlung des ersten Eindrucks, den die Stadt auf den aus Deutschland Eintreffenden macht. Der erste Eindruck ist übermächtig. Man sieht so unerhörte Möglichkeiten, so gewaltige Perspektiven öffnen sich, die Achse des bisherigen Denkens und Fühlens dreht sich, daß man fast von einem Fieber gepackt wird. Aber bei kühlerem Ueberlegen zeigen sich dann Hemmnisse, Schwierigkeiten, Bindungen, die weniger in der Realität der Dinge, als in Anschauung und Denkweise der hier Lebenden, in überkommenen Gesetzen oder Gebräuchen und in der so ganz andern Mentalität des Landes und Volkes liegen.

Wenn ich jetzt über die reine Impression und die feuilletonistische Schilderung hinaus daran gehe, die Sonde an das Wesen der Erscheinungen zu legen, so tue ich es nur abwägend, in dem vollen Bewußtsein der schweren Verantwortung, die darin liegt, daß vielleicht Hunderttausende auf Grund meiner Aufsätze ihr Urteil formen, Tausende sich in ihren Entschlüssen durch sie mitbestimmen lassen. Ich bitte deshalb meine Leser, nicht ungeduldig zu werden, wenn ich mit der Antwort auf manche Frage und mit der Schilderung mancher Tatsachen, die sie mit Recht bereits in den ersten Aufsätzen erhofften, warten lassen muß, und wenn sich im Verlauf meiner Reise in manchen Berichten scheinbare oder selbst wirkliche Widersprüche zeigen sollten. Die Aufgabe zuverlässiger Berichterstattung ist deswegen so eminent schwierig, weil man hier nicht nur mit einem Male in eine grundverschiedene Gefühls- und Empfindungswelt versetzt wird, sondern weil es auch so unerhört schwierig, ja fast unmöglich erscheint, objektive Informationen zu erhalten.

Ich habe hier den Schlüssel für das rätselhafte Problem gefunden, daß es in Deutschland nicht möglich ist, ein richtiges Bild von den Verhältnissen in Argentinien zu erhalten, und daß die Aussagen des einen denen des andern in geradezu grotesker Weise widersprechen.

Alles ist hier so unausgeglichen und wechselnd, daß es lediglich auf den Standpunkt der Beurteilung ankommt, um mit bestem Gewissen das eine wie das direkte Gegenteil davon zu behaupten. Wie in der Hauptstadt selbst die Gegensätze so dicht beieinander wohnen, daß beispielsweise die Milchversorgung teilweise in der primitiven Weise vor sich geht, daß die Kühe gerade in den besseren Stadtteilen von Haus zu Haus getrieben und vor den Häusern gemolken werden, während anderseits der Automobilverkehr in geradezu raffiniert vorbildlicher Weise ausgebildet ist, und an jeder wichtigen Straßenkreuzung sich automatische Tankstationen befinden, so scheinen im ganzen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben des Landes die größten Verschiedenheiten zu bestehen.

Man kann nicht dringend genug raten, in dieses Land zu kommen, und man kann mit ebenso gutem Gewissen davor warnen. Man mag empfehlen, statt Geld Waren einzuführen, weil sich Hunderte von Prozenten daran verdienen lassen, und man mag dagegen reden, weil eine kurz vorher eingetroffene Schiffsladung aus Europa oder Nordamerika aber davon den Markt überschwemmen und die Ware unverkäuflich machen kann.

Das Leben geht hier einen raschen, harten Gang, das den Glücklichen und Erfolgreichen spielend rasch in die Höhe tragen, einen andern aber ebenso leicht unter die Räder bringen kann. Das Land steht am Beginn einer rapiden hochkapitalistischen Entwicklung, und es wird einem hier erst klar, wie weit die sozialen Verhältnisse in Deutschland bereits vorgeschritten sind. Jeder, der in Argentinien irgendwie Kenntnisse und Einfluß hat, ist irgendwie in diese kapitalistische Entwicklung verknüpft, hat irgendwo Land, irgendwie Interesse, und wird, wenn nicht bewußt, so doch zum mindesten unbewußt, sein Urteil und die Antworten, die er dem Ausfrager erteilt, nach diesen Interessen formen.

Dies gilt ebensowohl von den amtlichen Stellen wie auch von den hier lebenden und ansässigen Deutschen. Diese letzteren wären an sich die natürliche Brücke zu dem Deutschtum der Heimat und die Helfer und Förderer der neu ins Land Kommenden. Es geschieht auch manches, vor allem durch den Deutschen Volksbund und den Verein zum Schutz germanischer Einwanderer, durch Beratung, Unterstützung und Stellenvermittlung, allein die Verhältnisse liegen doch insofern sehr schwierig, als man größtenteils einer weiteren deutschen Einwanderung keineswegs wohlwollend gegenübersteht. Es ist eine bedauerliche, wenn auch verständliche Erscheinung, daß die hier lebenden Deutschen, die während der vier Jahre von jeder Verbindung mit der Heimat abgeschnitten waren, auf dem Standpunkt von vor 1914 stehen geblieben sind. Nicht nur, daß man hier, vor allem in den führenden Kreisen der Kolonie, in einer Weise kaisertreu und reaktionär ist, wie man es in Deutschland selbst bei den wütendsten Alldeutschen und Nationalisten nicht findet, sondern es geht einem großen Teil der hier lebenden Deutschen auch jedes Gefühl für die politische und soziale Entwicklung, die das deutsche Volk durchgemacht hat, ab. So fehlt mit dem heutigen Deutschland so gut wie jede geistige Gemeinschaft, was die Neigung zu intensiver, tatkräftiger Hilfeleistung naturgemäß nicht bestärkt. Es wird eine unendlich mühsame und unendlich schwierige

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200130/1